

WAIBLINGER KREISZEITUNG

www.waiblinger-kreiszeitung.de

Heute 18.30 Uhr die
Zeitung von
morgen lesen!



Zeitungsverlag Waiblingen E 7013

Mittwoch, 4. März 2020

182. Jahrgang

Nr. 53

2,10 Euro

Waiblingen

AfD attackiert Fazio nach einem Beitrag im Stauferkurier

Nach einem Beitrag im Stauferkurier hat die AfD Stadtrat Alfonso Fazio scharf attackiert. Fazio hatte nach den Morden in Hanau gefordert, den rechten Terror anzuprangern und rechtzeitig auf die AfD zu reagieren. Dies wies die AfD namens der Gemeinderatsgruppe als ungeheuerliche Diffamierung zurück. Wer hinter der Stellungnahme steht:

► Seite B 1



Alfonso Fazio.

Foto: Habermann

Rems-Murr

Was uns der Tod lehren kann: Erfahrungen

Gibt es eine unsterbliche Seele? Niemand weiß es sicher. Unstrittig ist, dass viele Menschen, die schon in den Sterbeprozess eingetreten waren und zurückgekommen sind, von einem Empfinden berichten, nach Hause gekommen zu sein. Erfahrungen von bedingungsloser Liebe im Sterben könnten sich positiv aufs Miteinander im Hier und Jetzt auswirken.

► Seite C 3



Prof. Popkes sprach in Winnenden über Nahtoderfahrungen. Foto: Palmizi

Wir sind für Sie da

Aboservice 07151 566-444
aboservice@zvw.de

Anzeigen 07151 566-411
anzeigen@zvw.de

Redaktion
Lokal 07151 566-576
waiblingen@zvw.de
07151 566-275
Kreis kreis@zvw.de
07151 566-262
Sport sport@zvw.de

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
11985,39 Pkt. +127,52 Pkt.	3371,97 Pkt. +33,14 Pkt.	1,1117 Dollar -0,05 Cent

Wetter



Mittags 9°
Nachts -1°

Wechselnd wolkig mit
sonnigen Abschnitten



Erster Coronavirus-Patient in Winnender Klinik



Der Rems-Murr-Kreis hat seinen ersten bestätigten Coronavirus-Infizierten. Er wurde am Dienstag im Rems-Murr-Klinikum in Winnenden zur

Beobachtung in Quarantäne genommen. Es handelt sich um einen 44-jährigen Vater zweier Kinder, die in Rudersberg zur Schule gehen. Das

dortige Schulzentrum bleibt vorsorglich an diesem Mittwoch, 4. März, geschlossen. Es findet kein Unterricht statt. Foto: Büttner ► Seite C 1

Immer weniger Ärzte im Land nehmen Abtreibungen vor

Sozialministerium: Baden-Württemberg wird gesetzlichem Versorgungsauftrag nicht gerecht

Bundesweit, aber auch im Südwesten, gibt es immer weniger Mediziner, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Dabei hat das Land den gesetzlichen Auftrag, die Versorgung sicherzustellen.

VON HANNA SPANHEL
UND REGINE WARTH

STUTTGART. Die Zahl der Ärzte im Südwesten, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, geht zurück. Laut einer Erhebung von Pro Familia gab es Ende 2018 in 14 der 44 Stadt- und Landkreise keine Mediziner, die die Eingriffe durchführen. „Es finden sich große, weiße Flecken in der Versorgungs-

landschaft“, sagte Landesgeschäftsführerin Gudrun Christ unserer Zeitung. Etliche der betreffenden Mediziner stünden zudem an der Altersgrenze. „Wir wissen teilweise von gravierenden Problemen, Nachfolger zu finden.“ Frauen müssten teilweise lange Wege in Kauf nehmen mit entsprechendem hohem Zeit- und Kostenaufwand.

Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl der Mediziner, die solche Eingriffe durchführen, seit 2003 um 30 Prozent gesunken. In Baden-Württemberg wurden im vergangenen Jahr 9260 Abbrüche vorgenommen. Bundesweit blieb die Zahl mit 101 000 gemeldeten Fällen nahezu unverändert.

Bärbil Mielich, Staatssekretärin im Sozialministerium, hatte kürzlich eingeräumt, dass das Land seinem gesetzlichen Versor-

gungsauftrag „im Moment nicht gerecht“ werde. Man stehe derzeit im Kontakt mit der Kassennärztlichen Vereinigung und Beratungsstellen, da man eine Verbesserung der Versorgungslage anstrebe, sagte nun eine Ministeriumssprecherin unserer Zeitung.

Als Gründe für die Versorgungslage führen Pro Familia sowie die Kassennärztliche Vereinigung den öffentlichen Druck durch Abtreibungsgegner, eine Verortung der Abbrüche im Strafrecht sowie wirtschaftliche Aspekte an. So seien die Honorare für Schwangerschaftsabbrüche seit elf Jahren nicht angestiegen, zugleich seien Vorgaben mit Blick auf Hygiene, Räumlichkeiten, Dokumentation oder Personal gestiegen.

► Kommentar
► Seite 3

„Erschießungen von Reichen“ – Skandal auf Linke-Konferenz

KASSEL/BERLIN (dpa). Der Diskussionsbeitrag eines Parteimitglieds der Linken zum Thema Klimaschutz und Reiche hat heftige Reaktionen ausgelöst. Auch die Rolle von Linke-Chef Bernd Riexinger wird in dem Zusammenhang scharf kritisiert. Die CSU forderte am Dienstag sogar seinen Rücktritt.

Hintergrund ist ein Videoausschnitt von einem Strategietreffen der Linken, das in Kassel stattfand. Der Clip wurde im Netz verbreitet. Darin äußert sich eine Diskussteilnehmerin mit den Worten „Energie-wende ist auch nötig nach 'ner Revolution. Und auch wenn wir das ein(e) Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen, wir wollen uns fortbewegen... naja, ist so, wir müssen mal von dieser Meta-Ebene runterkommen.“

► Seite 2

Zeigt her eure Füße!

In der Corona-Krise wandert die Gefahr nach unten. Im Internet sind Videos aufgetaucht, in denen sich Menschen aus dem Iran und dem Libanon nicht mehr per Handschlag oder mit einem Küsschen begrüßen, sondern mit den Füßen. Die klatschen die Füße aneinander und machen Schmatzgeräusche! Kleiner Tipp also an unsere Grenzschilder: Das Virus kann auch auf leisen Sohlen nach Deutschland kommen. Kuriose Szenen auch in Deutschland: Dort geben sich Kanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer demonstrativ nicht mehr die Hand. Wobei Beobachter sich nicht sicher sind, ob das dem Coronavirus geschuldet ist oder nicht eher damit zusammen hängt, dass schon wieder Flüchtlings-



krise ist. (rai)

Reformer rückt an die Spitze der deutschen Bischöfe

MAINZ (dpa). Die deutschen Bischöfe haben den als Brückenbauer bekannten Georg Bätzing zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der Bischof von Limburg bekannte sich nach seiner Wahl klar zum Reformkurs in der katholischen Kirche: „Wir haben den Synodalen Weg begonnen, weil wir Veränderungsbedarfe haben in unserer Kirche“, sagte der 58-jährige. Er löste den Münchner Kardinal Reinhard Marx ab, der im vergangenen Monat seinen Verzicht auf eine weitere Amtszeit erklärt hatte.

Der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, sagte, er schaue der künftigen ökumenischen Zusammenarbeit mit großer Zuversicht entgegen.

► Leitartikel Seite 2
► Seite 3

Grün-Schwarz stoppt Rückbau von Flüchtlingsheimen

Kretschmann: Türkei instrumentalisiert Migranten

STUTTGART (dpa/StN). Angesichts der sich zuspitzenden Migrationslage im Südosten Europas sieht Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) das Land für die Aufnahme von Flüchtlingen gut vorbereitet. Das Land verfüge über effektive und leistungsfähige Strukturen der Flüchtlingsaufnahme, sagte er. „Wir haben mit den Landeserstaufnahmeeinrichtungen ein atmendes System eingeführt, mit dem wir kurzfristig auf Zugangsspitzen reagieren können.“ Das Innenministerium stoppt mittlerweile den Rückbau der Flüchtlingsunterkünfte, um Kapazitäten kurzfristig nutzen zu können.

An der türkisch-griechischen Grenze spielen sich derzeit dramatische Szenen ab. Auf der türkischen Seite harren Tausende Migranten aus, die in die EU wollen. Griechische Sicherheitskräfte setzten mehrfach Blendgranaten und Tränengas ein, um Menschen zurückzudrängen. Die Flüchtlinge seien von der Türkei politisch instrumentalisiert worden, kritisierte Kretschmann.

► Seite 2

Kommentar

Kein Pranger

Schwangerschaftsabbrüche sind Entscheidung der Betroffenen

VON HANNA SPANHEL

In einem Schwangerschaftsabbruch liegt immer ein Konflikt. Ein gesellschaftlich-moralischer, meist auch ein tief emotionaler. Dem Selbstbestimmungsrecht der ungewollt Schwangeren steht das Recht des ungeborenen Lebens gegenüber. Keine Frau wird sich leichtfertig für einen solchen Eingriff entscheiden, sondern meist aus einer extremen seelischen Notlage heraus. Es ist daher wichtig und richtig, dass den betroffenen Frauen in den Beratungsstellen Alternativen zum Abbruch aufgezeigt werden. Es sollte aber auch klar sein: Letztlich ist es allein die Entscheidung derjenigen Frau, um deren Körper und Leben es geht.

Schwangerschaftsabbrüche wird es immer geben – ob rechtswidrig oder nicht. Es ist aber wichtig, dass betroffene Frauen medizinisch betreut werden. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, wozu es führen kann, wenn ungewollt Schwangere in ihrer Verzweiflung versuchen, mit Gegenständen abzutreiben. Deshalb braucht es Ärzte, die solche Eingriffe vornehmen.

Das Land hat den gesetzlichen Auftrag, ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen sicherzustellen, in denen Abbrüche vorgenommen werden. Hier gibt es politischen Nachholbedarf. Das Problem ist aber: Solange die Eingriffe an sich stigmatisiert und Mediziner öffentlich dafür angeprangert werden, dass sie betroffenen Frauen helfen, wird es schwierig sein, diese gesetzlich vorgeschriebene Versorgung zu gewährleisten. Schon jetzt gibt es in vielen Landkreisen in Baden-Württemberg keine Praxen oder Kliniken mehr, die die Eingriffe vornehmen.

Es ist daher auch wichtig, dass Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Ein Blick nach Holland zeigt: Dies bedeutet nicht, dass die Häufigkeit der Eingriffe steigt.

hanna.spanhel@stzn.de

Südwesten plant Corona-Notfallzentren

Sozialminister: Auch pensionierte Ärzte werden reaktiviert – US-Währungshüter reagieren auf Epidemie und senken Leitzins

STUTTGART/NEW YORK (dpa/StN). Nach der Infektion von mehr als 30 Menschen mit dem neuartigen Coronavirus will die baden-württembergische Landesregierung alles tun, um eine schnelle Ausbreitung zu verhindern. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sagte in Stuttgart: „Je langsamer es sich verbreitet, desto besser können wir damit umgehen.“

Nach den Worten von Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) werden landesweit rund 84 Notfallpraxen für den Umgang mit

dem Coronavirus ausgerüstet, um rund um die Uhr als Anlaufstelle für erkrankte Menschen oder Verdachtsfälle dienen zu können. Um die medizinische Betreuung zu gewährleisten, werden laut Lucha auch pensionierte Ärzte reaktiviert. Die Landesärztekammer gebe den Pool von theoretisch zusätzlich einsetzbaren Ärzten mit rund 7000 an.

Unterdessen werden neue Ansteckungsfälle gemeldet: Ein Altenheim in Bad Rappenau (Kreis Heilbronn) wurde zur Quarantänezone erklärt, nachdem sich ein 85-jähriger

Bewohner, eine Pflegerin sowie deren Tochter bei einem Pfleger angesteckt hatten. In Stuttgart schickte ein Gymnasium drei Schulklassen nach Hause, um eine Ansteckung zu verhindern. Drei Schüler hatten in den Ferien in Südtirol Kontakt zu einer infizierten Person gehabt.

Wegen möglicher Ansteckungsgefahr sagten Stadt und Veranstalter die Leipziger Buchmesse ab. Die Gesundheitsrisiken für Aussteller, Besucher und Mitarbeiter seien zu groß.

In Thüringen stand wegen des Corona-

rus-Verdachts eines CDU-Abgeordneten kurzweilig die geplante Wahl des Ministerpräsidenten an diesem Mittwoch auf der Kippe. Erst am Dienstagabend gab das Landesgesundheitsministerium Entwarnung. Der 56-jährige CDU-Landtagsabgeordnete befand sich zunächst in Quarantäne. Der frühere Regierungschef Bodo Ramelow (Linke) will sich am Mittwoch erneut zur Wahl stellen. Für die AfD tritt Landespartei-
chef Björn Höcke an. Ein erster Anlauf der Wahl war am 5. Februar gescheitert.